

II-14348 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6944 N

1994-07-13

A n f r a g e

der Abgeordneten Wolf, Gradwohl
und Genossen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft

Aus formalen Gründen, wie zum Beispiel Abstimmung über die Beitrittsverträge in den Parlamenten der 12 EU-Mitgliedsstaaten, wird ein Beitrittsdatum Österreichs am 1. Jänner 1995 eher unwahrscheinlich.

Sicher aber gilt ab 1. Jänner 1995 GATT 94, das Ergebnis der Uruguay-Runde im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen. Auch wenn das Wirtschaftsjahr und nicht das Kalenderjahr für die landwirtschaftlichen Produktionen gilt, könnten beispielsweise die grenzwirksamen Maßnahmen bereits ab 1. Jänner 1995 umgesetzt werden müssen.

Sie selbst, Herr Bundesminister, haben am 2. Februar 1994, dem Parlament in einer Anfragebeantwortung mitgeteilt "Für die österreichische Landwirtschaft bedeutet das Ergebnis der Uruguay-Runde:

- Die Preise werden sinken;
- die Exportpolitik muß grundlegend reformiert werden;
- die Grenzen werden offener."

AF/SPBTEXT

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft folgende

A n f r a g e :

1. Haben Sie in Ihrem Ressort verwaltungsmäßige Vorkehrungen getroffen, daß GATT 94 in Österreich vollzogen werden kann, wenn am 1. Jänner 1995 Österreich noch nicht Mitglied der EU ist?
2. Welche österreichischen Gesetze und Verordnungen bzw. sozialpartnerschaftliche Abkommen, wie zum Beispiel das Getreideprotokoll, würden dann ab 1. Jänner 1995 nicht mehr gelten?
3. Welche Auswirkungen hätte das auf die unmittelbar betroffenen Bauern und ihre Betriebe? Welche Vorkehrungen haben Sie getroffen, daß diese möglicherweise in ihrer Existenz davon betroffenen bäuerlichen Familien rechtzeitig informiert sind, um auch betriebswirtschaftlich richtig reagieren zu können?
4. Sie haben im Februar 1994 in Genf die GATT-Verpflichtungslisten für Österreich deponieren lassen. Warum wurde die Öffentlichkeit, insbesondere die betroffenen Bauern, von ihrem Inhalt, von ihrer Umsetzung im Detail und ihren praktischen Auswirkungen für die Bauern nicht informiert?